



Replik zu «Ich habe absolut kein Verständnis» in der BaZ vom 18. März 2016

Die Steuerreform sichert Arbeitsplätze

Von Daniela Schneeberger

Entgegen den Aussagen von Frau Regierungsrätin Eva Herzog hat der Nationalrat letzte Woche einen erfolgreichen Weg für die Unternehmenssteuerreform III (USR III) eingeschlagen. Die Vorlage bietet eine exzellente Grundlage für die Kantone. Diese haben nun die Freiheit, aus diesem Werkzeugkasten an steuerlichen Instrumenten diejenigen zu wählen, die zu ihrem jeweiligen Standort passen. Basel mit einer starken Pharmabranche ist schliesslich nicht vergleichbar mit Genf als Standort internationaler Handelsunternehmen.

Es erstaunt, dass Frau Herzog die Reform kritisiert. Sie müsste klar deklarieren, ob sie als SP-Politikerin oder als Vizepräsidentin der Konferenz der Finanzdirektoren spricht. Jedenfalls äusserte sie sich in diesem Interview kaum im Namen aller Kantone.

Es ist richtig, dass der Nationalrat die «Toolbox» für die Kantone im Gegensatz zum Ständerat erweitert hat. Im Nationalrat war man der Meinung, dass die Kantone fähig sind, ihren Finanzhaushalt selbst zu planen und die passendsten Massnahmen einzuführen, die erstens Arbeitsplätze sichern und schaffen und zweitens die öffentlichen Finanzen im Lot halten. Im Vergleich zu den Vorschlägen des Bundesrats hat der Nationalrat auch nicht allzu viel geändert. Eine erneut höhere Doppelbesteuerung von Dividenden hält auch die FDP für ungerechtfertigt. Das Teilbesteuerungsverfahren ist für KMU sehr wohl wichtig, da diese oftmals Dividenden an ihre Eigentümer ausschütten. Diese Erträge als Ein-

kommen und zusätzlich als Gewinne zu besteuern, ist aber eine unfaire Belastung. Wir dürfen die USR III nicht auf dem Buckel der KMU durchführen.

Der wichtige, sogenannte fiktive Zins auf Eigenkapital wurde zum Beispiel wieder in die Revision aufgenommen, da er Unternehmen, die eine solide Eigenkapitalbasis haben, unterstützt. Doch auch ist zu betonen: Jedem Kanton steht es frei, diesen einzuführen oder nicht. Im Gegenzug wurde die vom Bundesrat vorgeschlagene Abschaffung der Stempelsteuer auf Eigenkapital zeitlich verschoben.

Es ist falsch zu sagen, dass die Steuerreform rund 1,2 Milliarden Franken «kostet».

Wir sind im Gegensatz zu Frau Herzog überzeugt, dass wir mit der Förderung von Forschung und Innovation und der Patentbox forschungsintensive Unternehmen in der Schweiz halten, statt sie ins Ausland zu drängen. Gerade für die in Basel stationierten Pharmaunternehmen sind diese Instrumente zentral. Falls wir hier keine praxisnahe Definition der abzugsfähigen Investitionen finden, verlagert sich die gesamte Forschungstätigkeit, wenn nicht sogar ganze Unternehmen, ins Ausland. Forschung und Innovation geschehen zudem vermehrt in internationaler Zusammenarbeit. Damit dies nicht bestraft wird, sollen in diesem Rahmen auch Arbeiten im Ausland abzugsberechtigt sein. Der

Nationalrat schlägt aber vor, dass die Kantone bei Definition und Höhe der Ermässigung grösstmöglichen Spielraum erhalten. Regierungsrätin Herzog kann somit selbst die Wahl der Instrumente für Basel gestalten.

Der Nationalrat hat die kantonalen Finanzen sehr wohl im Auge. Alle Entlastungsinstrumente zusammen dürfen zu einer steuerlichen Ermässigung von maximal 80 Prozent führen. Eine Nullbesteuerung wird so verhindert. Dies gibt den Kantonen Planungssicherheit. Wir wollen den Kantonen zudem 20,5 Prozent der direkten Bundessteuer zukommen lassen, heute sind es 17 Prozent.

Regierungsrätin Herzog hat die negativen Folgen gut beschrieben, die auf die Schweiz zukommen, wenn keine Reform an die Hand genommen würde. Die heutigen steuerlichen Sonderregelungen betreffen rund 24'000 Unternehmen mit bis zu 175'000 Beschäftigten. Diese Firmen sind für fast 50 Prozent der gesamten privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben verantwortlich. Ebenso profitierten Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe, also vor allem KMU, massgeblich von der Nachfrage spezialbestorderter Unternehmen in der Schweiz. Diese bezahlen beinahe die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes. Es ist daher falsch zu sagen, dass die Reform gut 1,2 Milliarden Franken «kostet». Im Gegenteil: Mit der Reform sichern wir allein 3,2 Milliarden Franken an Gewinnsteuern des Bundes und Hunderttausende Arbeitsplätze und wir öffnen die Türen für Firmenzuzüge.

Daniela Schneeberger ist Baselbieter FDP-Nationalrätin.